

Die neuen Ökonomen

Stars, Vordenker und Macher
der deutschsprachigen
Wirtschaftswissenschaft

Herausgegeben von
Nikolaus Piper
Eine Artikelserie
der Wochenzeitung
DIE ZEIT



//
**SCHÄFFER
POESCHEL**

Joachim Mitschke kommt aus der Finanzverwaltung. Er plädiert für ein Bürgergeld

Der Späteinsteiger

Von Wolfgang Hoffmann

Nach einer passenden Schublade für Joachim Mitschke wird man lange suchen müssen. Der Professor für Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftliches Rechnungswesen an der Universität Frankfurt hält zu »bereits Vorhandenem« fast »fundamentalistisch Distanz«. Von Prinzipien läßt er sich auch nicht sehr stören, sind die doch »nur ein Instrument zur Erreichung gewisser Ziele« oder – wie er ergänzt – nur da, »weil man nicht nachdenken will«. Entsprechend distanziert ist sein Verhältnis zu Theorien, weil er zu viele Theoreme kennt, »die keinerlei Bedeutung haben, außer der, daß danach Studenten geprüft und Seminarbibliotheken mit Büchern darüber vollgestellt werden«.

Dogmatisch ist der Sechzigjährige höchstens bei der Frage nach der »erklärenden und gestalterischen Kraft« einer Sache. Selbstverständlich steht Joachim Mitschke fest auf dem Boden der Marktwirtschaft, wobei ihn allerdings schon amüsiert, daß »alles, was auf Marktwirtschaft setzt, erst mal das Etikett »konservativ« erhält«. Konservativ ist er ganz sicher nicht, wenngleich Kapitalismus für ihn die effizienteste Methode ist, um die Produktion zu organisieren. Was durch den Zusammenbruch des Sozialismus gerade erst belegt worden sei. Vom sozialetischen Standpunkt aus sei die Ausnutzung materieller Anreize vielleicht nicht so schön, im Kern bleibe der Kapitalismus dennoch humaner als der Sozialismus: »Er braucht den Menschen nicht zu verändern.«



Joachim Mitschke,

*Studium: 1968–1971 Wirtschaftswissenschaften in Saarbrücken
Berufsweg: 1958–1965 Beamter in der bayerischen Finanzverwaltung, Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf eigenen Antrag, 1966–1967 Leiter der Organisation und Systemanalyse bei der Dillinger Hütte, 1975 Professur für Volks- und Betriebswirtschaftliches Rechnungswesen an der Universität Frankfurt am Main*

Darüber dürfe nicht verdrängt werden, daß der Kapitalismus weder die Verteilungsprobleme löst noch verhindert, daß die Alten, Kranken und Leistungsschwachen auf der Strecke bleiben. »Wenn die Demokratie stabil eingerichtet werden soll, muß der Kapitalismus durch entsprechende Sicherungen ergänzt werden.«

Es gibt Professoren, denen man nachsagt, sie hätten vom Kindergarten bis zur Emeritierung immer nur Schulgebäude von innen gesehen. Joachim Mitschke gehört ganz sicher nicht dazu: Beamter im mittleren Dienst in der bayerischen Finanzverwaltung, Umstellung der Steuerverwaltung auf EDV, Entlassung auf eigenen Antrag, Leiter der Organisation und Systemanalyse bei der Dillinger Hütte. Das Abitur hat er erst mit 31 nachgemacht. Danach hätte eigentlich das Studium der Betriebswirtschaft nahegelegen. An diesem Fach vermißte er jedoch die »soziale Relevanz«. Was betriebswirtschaftlich zu tun sei, liege zu sehr auf der Hand. Außerdem habe seinerzeit Hochkonjunktur geherrscht.

»Arbeitsplätze durch Management zu erhalten war damals kein Thema.«

Zudem war Mitschke an der mathematischen Ökonomie interessiert, einer Richtung, die er auch nach dem Examen 1971 eingeschlagen hätte, wäre da nicht sein Lehrer gewesen. Wolfgang Stützel, der legendäre Saarbrücker Ökonomieprofessor, nahm Mitschke beiseite und sagte: »Schauen Sie mal raus, was für Probleme wir da haben, mit denen wir nicht fertig werden. Und Sie wollen sich mit Modellspielereien abgeben, bei denen Sie von vornherein wissen, daß sie zur Erklärung und Gestaltung der Realität nichts beitragen werden?« Mitschke nahm Stützels Angebot an und wurde Assistent bei ihm.

Seine praktischen Erfahrungen haben Mitschke davor bewahrt, »Ökonomie von der grünen Wiese« aus zu lehren. Sich in das Denken oder die Interessenlage von Praktikern hineinzudenken, hält er für selbstverständlich. »Die Praktiker sind auch nicht dümmer; im Unterschied zu uns kommen sie im Alltagsgeschäft nur nicht zum Nachdenken darüber, warum etwas funktioniert oder auch nicht. Diese Nachdenklichkeit kann man sich eigentlich nur auf der Universität leisten.«

Wissenschaft kann, davon ist Mitschke überzeugt, »nur aus der Beobachtung gedeihen und auf der Erfahrung aufbauen«. Das gilt auch für seine Arbeiten über das Bürgergeld, eine von Mitschke entwickelte Variante der negativen Einkommensteuer. Nach diesem Konzept sollen alle steuerfinanzierten Sozialleistungen wie Sozialhilfe, Kindergeld, Erziehungsgeld, Wohngeld oder Bafög durch einen einzigen, nach Sozialmerkmalen gestaffelten Universaltransfer ersetzt werden. Vereinfacht ausgedrückt: Die Bürger, die wegen niedriger oder fehlender Einkommen keine Steuern zahlen, aber Anspruch auf Sozialleistungen haben, erhalten Bürgergeld. Dahinter steht ein relativ schlichter Grundge-

danke: »Der Staat entzieht den wirtschaftlich Leistungsfähigen durch Zwangsabgaben Kaufkraft nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit und überträgt sie an wirtschaftlich Bedürftige nach Maßgabe ihrer Bedürftigkeit.« Zur angestrebten Einfachheit gehört, daß für die Umverteilung dieselbe Behörde zuständig ist, die bisher nur die Abgaben kassiert – das Finanzamt.

Entstanden ist Mitschkes Bürgergeld-Modell bereits Mitte der siebziger Jahre als Nebenprodukt von Studien über die Sozialbürokratie und ihre Ineffizienz (»Vierzig Behörden sind für 152 Sozialleistungen zuständig!«). Mittlerweile ist das Bürgergeld Mitschkes Markenartikel. Abgesehen von der bestechenden Schlichtheit des Modells, ist die Bedeutung einer zuverlässigen ermessensfreien und damit nicht diskriminierenden Grundsicherung für die Sozialpolitik und für die Beschäftigungspolitik kaum voll erkannt. Das Bürgergeld würde die Einrichtung von Leicht- oder Niedriglohngruppen sozial erträglicher machen, für Beschäftigte mit niedriger Arbeitsproduktivität könnten entsprechende Tarife vereinbart werden. Bestimmte Arbeiten könnten billiger werden, weil das Bürgergeld verhindert, daß Beschäftigte unter das Existenzminimum rutschen. Der Anreiz zur Arbeit bliebe erhalten, weil sich niedrig bezahlte Arbeit in Verbindung mit dem Bürgergeld lohnt.

Der Vorwurf, dies bedeute nichts anderes als Lohnsubventionen, und die hätten nichts mit Marktwirtschaft gemein, läßt ihn kalt: »Für mich ist nichts sakrosankt. Wenn das Problem es erfordert und wenn es die bessere Lösung ist, als die Folgen der Arbeitslosigkeit zu finanzieren, ist mir das gleich.« Mehr drückt Mitschke der Zweifel, ob das politische System der Bundesrepublik noch mehr Arbeitslose aushalten wird.

Die Politiker tun sich mit Mitschkes Idee schwer. Beifall findet er bei so gegensätzlichen Gruppen wie der FDP und

den christlich-demokratischen Arbeitnehmern, während die Sozialdemokraten Distanz wahren. Letzteres ist erstaunlich, denn das Bürgergeld würde nicht nur entwürdigende Pflichten von Bedürftigen obsolet machen, es könnte auch die Verlagerung von einfacheren Arbeitsplätzen bremsen.

Die Verständnisprobleme haben wohl mit der Struktur des Modells zu tun. Es ist eine Symbiose von Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik. Während zwischen Wirtschafts- und Finanzpolitikern noch ein Mindestmaß an Verständigung möglich ist, liegt zwischen diesen beiden Disziplinen und der Sozialpolitik ein breiter Graben. Mitschke: »Die Crux ist: Mit wem immer ich auch rede, die meisten kennen immer nur eine Seite der Medaille.«

Dissertation:

»Über die Eignung von Einkommen, Konsum und Vermögen als Bemessungsgrundlagen der direkten Besteuerung – eine meßtechnische Analyse«

Literaturauswahl:

»Staatsbürgersteuer« (gemeinsam mit W. Engels und B. Starkloff), 1975;

»Steuer- und Transferordnung aus einem Guß: Entwurf einer Neugestaltung der direkten Steuern und Sozialtransfers«, 1985;

»Wirtschaftliches Staatsmanagement«, 1990.